

# Vorwort

Hoch gespannte Erwartungen, Ernüchterung und Enttäuschung, herbe Kritik und Niedergang der öffentlichen Unterstützung – diesen Zyklus der Beziehungen zwischen Staatspräsident und Bevölkerung in Südkorea musste nach Kim Young-sam nun auch sein Nachfolger Kim Dae-jung erleben, der im Februar 2003 das Blaue Haus verließ. Beide ehemaligen Staatspräsidenten verbindet zudem, dass ihre Söhne den Zugang zur Macht missbrauchten und hierfür zum Ende der jeweiligen Präsidentschaft von den Gerichten des Landes zur Rechenschaft gezogen wurden.

Kim Dae-jung, der im Ausland stets recht hohes Ansehen wegen seiner Verdienste um die Reform der südkoreanischen Wirtschaft und den Annäherungsprozess gegenüber dem kommunistischen Norden genossen hat, stellt auf den ersten Blick eine besonders tragische Figur dar. Seine Leistungen wurden zuletzt überschattet durch erneute Mauscheleien bei führenden Unternehmenskonglomeraten und der damit einhergehenden Frage, ob die vorangegangenen Reformen in diesem Bereich nur kosmetischer Natur waren. Zum anderen drängte sich nach Bekanntwerden umfangreicher Zahlungen an die Führung in Pjöngjang die Frage auf, ob der ganze historische innerkoreanische Gipfel vom Juni 2000 einfach nur teuer erkauft worden war. Die Bewertung der historischen Rolle Kim Dae-jungs wird nicht zuletzt von der weiteren Entwicklung der südkoreanischen Wirtschaft und der innerkoreanischen Beziehungen abhängen.

Diese beiden Themen standen auch im Brennpunkt der ersten Monate des neuen südkoreanischen Staatspräsidenten Roh Moo-hyun. Die „Flitterwochen“ mit der neu gewonnenen Macht mussten angesichts der erneuten Nuklearkrise um Nordkorea und des Irakkonflikts ausfallen. Stattdessen erlebten Roh und seine junge Regierungsmannschaft eine Feuertaufe. Den Spagat zwischen der Fortsetzung der Annäherungspolitik gegenüber dem Norden (die nun nicht mehr „Sonnenscheinpolitik“, sondern „Politik für Frieden und Wohlstand“ heißt) und der Sicherung der Allianz mit den USA gelang dem pragmatisch agierenden Roh zunächst, doch das grundsätzliche Dilemma besteht weiter. Auch innenpolitisch dürften auf den neuen Präsidenten angesichts des Fehlens einer Mehrheit im Parlament noch schwere Zeiten zukommen.

Demgegenüber scheint in wirtschaftlicher Hinsicht alles im Lot zu sein. So könnte man jedenfalls mit Blick auf ein wiederum beeindruckendes Wirtschaftswachstum von über 6 Prozent im Jahre 2002 denken. Doch das hohe Wachstumstempo wird in diesem Jahr nicht zu halten sein. Zudem zeigen die durch einen Bilanzierungsskandal ausgelöste Krise der SK-Gruppe, immerhin Südkoreas drittgrößtes Unternehmenskonglomerat, sowie die gravierenden Probleme der Kredit-

kartenbranche mit ihren Auswirkungen auf den Finanzsektor im Allgemeinen, dass Südkoreas Wirtschaft nicht allein mit externen Problemen in Form einer kränkelnden globalen Konjunktur zu kämpfen hat.

Zumindest über das Auf und Ab der Weltwirtschaft braucht man sich in Nordkorea angesichts der relativen Abschottung des eigenen Landes nur begrenzt Sorgen zu machen. Dafür bietet der Zustand der eigenen Wirtschaft genügend Anlass zur Agonie. Inwieweit die so genannten Wirtschaftsreformen des Sommers 2002, darunter die Einführung einer Geldwirtschaft, die auch diesen Namen verdient, hier Abhilfe schaffen können oder die Probleme durch eine Hyperinflation nur noch verschärfen, bleibt abzuwarten. Die Euphorie einiger Beobachter, die in den „Reformen“ schon den Beginn einer Marktwirtschaft oder gar der Demokratie sehen wollten, kann indes nicht nachvollzogen werden. Zu begrüßen sind pragmatische Schritte, obgleich aus der Not geboren, wie die Ausdehnung des offiziell genehmigten Warenangebots auf Bauernmärkten. Doch so unausgelegene Maßnahmen wie die Umstellung inländischer Devisentransaktionen auf den Euro und das Auflegen zinsloser staatlicher Anleihen (samt Gewinnlotterie!) signalisieren, dass man von einer kohärenten Wirtschafts- und Finanzpolitik in Nordkorea weit entfernt ist.

Nicht weniger überraschend als die wirtschaftspolitischen Turnübungen der Führung in Pyongyang fiel deren jüngste Außen- und Sicherheitspolitik aus. Nachdem Nordkorea in den vergangenen Jahren vor allem durch seine militante Betteldiplomatie Aufsehen erregt hatte, war der Herbst 2002 eher durch eine ausgeprägte „Beichtdiplomatie“ gekennzeichnet. So gestand Staatsführer Kim Jong-il im September 2002 beim Gipfeltreffen mit dem japanischen Premier Koizumi – dem ersten nordkoreanisch-japanischen Gipfel überhaupt – ein, dass man in den 70er- und 80er-Jahren japanische Staatsbürger hatte entführen lassen. Die fünf Überlebenden – die meisten waren zuvor unter fragwürdigen Umständen ums Leben gekommen – konnten in der Folge nach Japan reisen, wo man sie gleich dabehielt. Das Entführungsdrama wurde in Japan zum Medienspektakel und überlagerte alle anderen Aspekte der bilateralen Beziehungen. Sollte Kim gehofft haben, durch das Eingeständnis Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen über eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu bringen, musste er sich getäuscht sehen.

Für noch mehr Wirbel sorgte dann nur einige Wochen später das nordkoreanische Eingeständnis, (vermutlich bereits seit 1998) an einem geheimen Nuklearprogramm gearbeitet zu haben. Wie bereits bei der ersten nordkoreanischen Nuklearkrise 1993/94 ging und geht es auch diesmal um die Frage, ob eine friedliche Lösung des Problems gefunden werden kann. Pyongyang, dass den USA die Schuld an massiven Verzögerungen bei der Umsetzung des Agreed Framework von 1994 (Lieferung von zwei Leichtwasserreaktoren sowie zwischenzeitlich schweren Heizöls im Gegenzug für das Einfrieren des nordkoreanischen Plutoniumprogramms) gab, erhöhte zunächst durch das Wiederanfahren seines eingemotteten Plutoniumreaktors und den Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag den Einsatz in diesem brisanten Pokerspiel und vertraute dabei auf seine Abschreckungskraft. Im selben Kontext sind widersprüchliche Aussagen aus Pyongyang über den Besitz von Nuklearwaffen zu sehen. Schon angesichts der Beschäftigung mit dem Irak bemühten sich auf der



anderen Seite die USA, nicht weiter Öl in die Flammen zu gießen. Mitte 2003 bleibt das nordkoreanische Nuklear(waffen)problem weiter virulent. Ob letztlich eine umfassende Lösung gefunden werden kann, hängt – neben dem politischen Gestaltungswillen bei allen Beteiligten – vor allem davon ab, ob Nordkorea für Gegenleistungen in Sicherheits- und Wirtschaftsfragen tatsächlich bereit ist, seine Nuklearwaffenprogramme aufzugeben.

Das diesjährige Korea-Jahrbuch offeriert die bewährte Mischung von Übersichtsartikeln zu Entwicklungen im Beobachtungszeitraum und Artikeln zu speziellen Themen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Nach der Chronologie der Ereignisse des Jahres 2002 auf der koreanischen Halbinsel lässt zunächst *Manfred Pohl*, Professor am Asien-Afrika-Institut der Universität Hamburg, die Entwicklungen der Innenpolitik Südkoreas im Zeitraum 2002/2003 Revue passieren. Die zeitgleichen Geschehnisse im Bereich der Außenpolitik des Landes zeichnet in prägnanter Form *Joachim Bertele*, politischer Referent an der deutschen Botschaft in Seoul, nach. *Patrick Köllner*, wissenschaftlicher Referent am Institut für Asienkunde, skizziert im Anschluss wesentliche Entwicklungen und Geschehnisse in der Wirtschaft Südkoreas.

Einen gewissen Schwerpunkt in diesem Jahrbuch bilden die nachfolgenden Beiträge, die sich mit Aspekten der südkoreanischen Wirtschaft auseinandersetzen. Einem aktuellen binnenwirtschaftlichem Thema, nämlich dem Vordringen ausländischer Anbieter im südkoreanischen Einzelhandel, ist dabei zunächst der Artikel der Berliner Wirtschaftsgeografin *Karin Wessel* gewidmet. Danach liefert *Peter Mayer*, Professor an der Fachhochschule Osnabrück, einen konzisen Überblick über die oft kontrovers diskutierte Außenwirtschaftspolitik des Landes. Zentrale Ergebnisse einer neuen Studie zu den Deutschlandaktivitäten südkoreanischer Unternehmen präsentieren im Anschluss *Ingo Meierhans* und *Werner Pascha*, wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. Professor am Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Duisburg. Einen Einblick in wirtschaftliche und andere Aspekte der südkoreanisch-mexikanischen Beziehungen gibt schließlich *Thomas Cieslik*, Dozent an der Technischen Universität von Monterrey, Mexiko.

An der Schnittstelle von Politik und Gesellschaft ist der nachfolgende Beitrag von *Eun-Jeung Lee* angesiedelt. Die derzeit an der Tsukuba-Universität in Japan tätige Politikwissenschaftlerin geht dabei der Frage nach, was hinter der scheinbaren Nostalgie in Bezug auf den ehemaligen südkoreanischen Staatspräsidenten und Diktator Park Chung-hee steckt. Im abschließenden Beitrag zu Südkorea beschäftigt sich *Yeong Heui Lee*, Professorin an der TU Berlin, mit dem Thema Rechtskultur und Rechtsbewusstsein, wobei sie auch die Entwicklung des koreanischen Rechtes und des Importes westlichen Rechtes nachzeichnet.

Den Auftakt der diesjährigen Beiträge zum nördlichen Teil der koreanischen Halbinsel bildet wiederum ein Übersichtsartikel von *Manfred Pohl*, in dessen Mittelpunkt Politik und Wirtschaft Nordkoreas im Berichtsjahr stehen. Aus gegebenem Anlass gibt im Anschluss *Heinrich Kreft*, Leiter der Wirtschaftsabteilung der deutschen Botschaft in Washington, einen Überblick über die spannungsgeladenen Be-

ziehungen zwischen den USA und der KDVR zwischen Oktober 2002 und Mai 2003.

55 Jahre Koreanische Demokratische Volksrepublik sind Grund genug, um noch einmal einen Blick auf die Anfänge dieses Staates zu werfen. Dies besorgt, gewohnt pointiert, *Hans Maretzki*, letzter Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik in Pyongyang. Mit einem weiteren Experiment begrenzter außenwirtschaftlicher Öffnung, nämlich der Errichtung einer Sonderwirtschaftszone in Sinuiju, beschäftigt sich schließlich *Bernhard Seliger*, Repräsentant der Hanns-Seidel-Stiftung in Seoul. Die begrenzten Erfolgsaussichten dieses Projektes werden aus einem Vergleich mit den bekannten Sonderwirtschaftszonen in der VR China deutlich. Eine umfassende Bibliografie der aktuellen Literatur zum Thema der nordkoreanischen Nuklearproblematik, erstellt von *Pia Kleis* und *Jörg Joswiak* von der Dokumentation des Deutschen Übersee-Instituts, schließt den Reigen der Beiträge im diesjährigen Korea-Jahrbuch ab.

Der besondere Dank des Herausgebers gilt in diesem Jahr Thomas Kern, Vera Rathje und Siegrid Woelk, die an verschiedener Stelle maßgeblich zur Entstehung dieses Jahrbuches beigetragen haben.

Hamburg, im Juni 2003

Patrick Köllner